

**G**enosse Paul Fröhlich, Mitglied des Politbüros, wies auf dem Konklave der Karl-Marx-Universität am 12. Februar darauf hin, daß Erscheinungen des Westdralls Widersprüche in sich tragen, die dann Konflikte auslösen werden, und er dokumentierte an einem Beispiel, daß solche Erscheinungen an der Karl-Marx-Universität noch nicht unmöglich sind.

Wie läßt sich garantieren, daß Tendenzen dieser Art, die jeder ablehnt, vorteilhaft, solange es um einen theoretischen Streit geht, Verletzungen unserer strategischen Prinzipien also, auch in der praktischen, täglichen Arbeit kein Fußbreit Boden bleibt? Das verlangt zunächst die Kenntnis der strategischen Konzeption des Sozialismus, von der Paul Fröhlich sprach, und es verlangt - so meinen wir - bestimmte, manchmal ebenfalls theoretisch gebliebene Erkenntnisse so zu verarbeiten, sich so anzueignen, daß sie praktikabel sind, jede Entscheidung bestimmen. Wir meinen, die Erkenntnisse

- daß eine einheitliche deutsche Wissenschaft nicht existiert;  
- daß es unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Komplexes der beiden Gesellschaftssysteme eine „wertfreie“, „politische“ Wissenschaft, Forschung nicht gibt.  
- daß es sie nicht geben kann, wie wir an unserer eigenen Arbeit gerade in der Verwirklichung der 3. Hochschulreform mit besonderer Deutlichkeit spüren und daß sie auch von den Herren des staatsmonopolistischen Systems nicht zugelassen werden kann bei Strafe ihres beschleunigten Untergangs.

Gerade diesen Gedanken scheint uns nebenstehender Beitrag, den Dr. GUNTHER WETZEL (Forschungsgruppe an der TU Dresden) ADN überließ, deutlich zu beweisen.



# Die Illusion von der „wertfreien“ Forschung

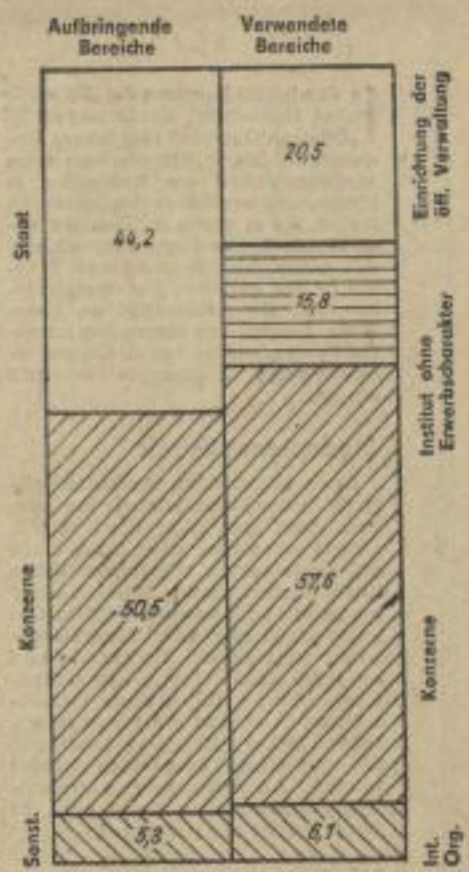


Abb. 1: Anteile an Aufkommen und Verwendung der Mittel für Forschung und Entwicklung in Westdeutschland 1964 (in Prozent). Ganz offensichtlich ist die Nutzung durch die Konzerne größer als ihr Anteil an der Finanzierung, wobei zu beachten ist, daß a) die „Institutionen ohne Erwerbscharakter“ - Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Kernforschungszentren u. a. - auch recht unverhältnismäßig den Monopolen unterworfen sind, wie auch Abb. 2 unterstreicht; b) diese Disproportion sich seit 1964 zugunsten der Monopole weiter vergrößerte.

Faksimile beim Titel: „Wissenschaft im Klassenkampf“, Naturwissenschaftlich-technische Forschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands, Autorenkollektiv der TU Dresden, Dietz Verlag Berlin 1964, 308 Seiten, 11,50 Mark. (Abbildungen auf dieser Seite sind diesem Band.)

Auf Initiative des Bonner Staates fusionierte vor wenigen Monaten der Luftfahrt- und Raketenkonzern von Ludwig Bölkow mit den Messerschmitt-Werken. Die daraus entstandene Bölkow-Messerschmitt GmbH ist gegenwärtig der bedeutendste Flugzeug- und Raketenkonzern Westdeutschlands. Er verfügt über 12 300 Beschäftigte und rund 530 Millionen Mark Gesamtumsatz. Das Blatt der westdeutschen Finanzoligarchie „Der Volkswirt“ (vom 23. 1. 1968, S. 32) kommentierte diesen Zusammenschluß als einen „jedem ersten Schritt auf dem Wege zu dringend notwendiger Konzentration“.

Im Verlaufe der letzten Jahre hat sich der in diesem Beispiel zum Ausdruck kommende Prozeß der staatsmonopolistischen Machtkonzentration außerordentlich verstärkt. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut Berlin schätzt die Gesamtzahl der Zentralisierungsvorgänge auf 800 bis 1000 allein im Jahre 1967. Schwerpunkte sind dabei die Chemie- und Erdölindustrie, die elektronische Industrie, der Maschinenbau und nicht zuletzt die Luft- und Raumfahrtindustrie. Bei dieser Konzentrations- und Monopolisierungswelle handelt es sich nicht nur um eine einfache Fortsetzung des kapitalistischen Konzentrationsprozesses, sondern vielmehr um eine sprunghafte Ausdehnung staatsmonopolistischer Machtkonzentrationen, die durch quantitative neue Maßstäbe und qualitative neue Merkmale gekennzeichnet ist. So orientiert sich der Konzentrationsprozeß nicht mehr nur an den Möglichkeiten einzelner privater Monopole, sondern die Ausweitung ihrer Position vollzieht sich im unmittelbaren Zusammenwirken mit dem Staat. Ein weiteres charakteristisches Merkmal ist die qualitative und wachsende Rolle der Forschung in diesem Prozeß staatsmonopolistischer Machtkonzentration.

Profit- und Machtinteressen der Monopole untergeordnet (vgl. Abb. 1). In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß solche neue Formen der staatsmonopolistischen Beherrschung der Produktivkraft Wissenschaft nicht allein durch die ökonomischen Maßstäbe der Großforschung hervorgerufen werden, sondern daß ihnen eine zentrale Rolle im Rahmen der aggressiven Expansions- und Revanchepolitik der westdeutschen herrschenden Kreise zukommt. Bestätigt wird diese Feststellung schon allein dadurch, daß die staatlichen Aufwendungen für die militärische bedeutsame Atom- und Weltraumforschung im Rahmen der Bonner Aufwendungen für die Wissenschaftsförderung am raschesten wachsen. So hat die Bonner Regierung im Rahmen der „Mittelfristigen Finanzplanung 1967 bis 1971“ ein Programm zur Förderung der Weltraumforschung vorgelegt, das Gesamtaufwendungen von etwa zwei Milliarden Mark vorsieht, was eine Steigerung gegenüber dem Zeitraum 1962 bis 1966 auf fast das Vierfache entspricht.

Dieser Konzentration auf staatlicher Ebene entspricht die eingangs erwähnte Konzentration auf der Ebene der privaten Monopole. Es sind dies zwei Seiten ein und desselben Prozesses staatsmonopolistischer Formierung der Macht.

Solche Kooperationen und Zusammenschlüsse verschiedener Konzerne sind Ausdrucksformen der neuen Stufe des kapitalistischen Konzentrationsprozesses. Sie werden künftig für die monopolistische Machtkonzentration eine noch größere Bedeutung erlangen. Die Forschung selbst ist heute weit stärker konzentriert und monopolisiert als die Produktion. So verfügen der Siemens- und der AEG-Konzern über einen Anteil von etwa einem Drittel am Umsatz und von zwei Dritteln am gesamten Forschungsaufwand der westdeutschen elektrotechnischen Industrie. Damit ist die monopolistische Beherrschung der Forschung nur zum Teil charakterisiert. Die ganze Tragweite des Problems wird erst sichtbar, wenn man berücksichtigt, daß die Monopole auch die staatlichen Forschungskapazitäten beherrschen (z. B. Hochschulreform, Institute der Max-Planck-Gesellschaft u. a.) und ihre alleinigen Nutznießer sind. Hinzu kommt noch die staatliche Finanzierung der monopolistischen Forschung über staatliche Forschungs- und Entwicklungsaufträge für die Rüstung und die steuerliche Begünstigung der monopolistischen Forschungsaufwendungen.

In der wissenschaftlich-technischen Revolution hängt die Kapitalverwertung in höherem und wachsendem Maße von der Verfügungsgewalt über die entsprechenden Forschungsergebnisse ab. Die Fähigkeit eines kapitalistischen Unternehmens, systematisch eigene Forschung und Entwicklung zu betreiben, ist jedoch, auf den ersten Blick gesehen, eine Funktion seiner Größe. Dies ergibt sich schon allein aus der hohen Kapitalintensität der Forschung und Entwicklung. Ein jährlicher Kapitalaufwand bis zu 300 000 Mark je Forscher stellt heute keine Selbstenheit dar.

Hinzu kommt, daß dieser Aufwand durch die wissenschaftlich-technische Revolution in raschem Tempo steigt. Für eine effektive Forschungs- und Entwicklungstätigkeit ist jedoch der Mindestaufwand wesentlich höher, weil eine systematisch betriebene Forschung, die vom Grundlagenwissen ausgeht, und die technische Anwendung ihrer Ergebnisse, die wechselseitige Zusammenarbeit vieler Forscher, Ingenieure und technischer Hilfskräfte voraussetzt. Dieser hohe Grad der Vorgesellschaftung der wissenschaftlich-technischen Arbeit läßt die Mindestgröße des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes sprunghaft ansteigen. Hieraus ergibt sich, daß nur die größten kapitalistischen Unternehmen, die Monopole, in der Lage sind, systematisch eigene Forschung zu betreiben. Das Monopol ist jedoch nicht nur Voraussetzung für die kapitalistische Nutzung der Wissenschaft als Produktivkraft. Ihre Beherrschung ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung und Erweiterung der Monopolstellung. Die entscheidende Wirkung, die die Forschung auf den kapitalistischen Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß ausübt, hängt mit einer wichtigen ökonomischen Eigenart der Forschungsergebnisse zusammen. Das „Produkt“ der Forschungstätigkeit, das Wissen, läßt sich

beliebig oft neben- und nacheinander anwenden, ohne daß es dabei physisch verschleißt. Aus dieser Besonderheit ergibt sich, daß die Kosten der Hervorbringung des Wissens unabhängig sind von der Breite und Intensität seiner Anwendung. Das hat zur Folge, daß der ökonomische Nutzen des Kapitalaufwandes für Forschung und Entwicklung mit der Unternehmensgröße wächst. Dabei spielt jedoch nicht nur die absolute Größe der Produktion eines Erzeugnisses eine Rolle, sondern vor allem auch die Breite des Produktionsassortiments, weil viele Forschungsergebnisse für mehrere Produkte oder Verfahren Anwendung finden können. Wenn man sich vor Augen hält, daß z. B. der zur IG-Farben-Gruppe gehörende Hoechst-Konzern rund 20 000 verschiedene Erzeugnisse herstellt, so wird klar, daß solche großen Monopole riesige Profite aus ihrer Forschungstätigkeit ziehen.

Die Hauptform der Verwertung der Forschungsergebnisse stellen die Investitionen dar. Sie betragen ein Mehrfaches des Forschungsaufwandes. Auch hierin wird deutlich, daß im Prinzip nur die monopolistischen Großunternehmen in der Lage sind, Forschung und Entwicklung zu betreiben. Heute spielen in zunehmendem Maße auch noch andere Verwertungsformen als Eigeninvestitionen eine große Rolle. Mit dem rasch wachsenden Forschungsaufwand und der sich immer deutlicher zehenden Unfähigkeit eines privaten Monopols, die seine Privatinteressen berührenden Gebiete allseitig forschungsmäßig zu bearbeiten, haben Lizenz- und Patentaustauschabkommen zwischen verschiedenen Monopolen eine zunehmende Bedeutung erlangt. Im Rahmen solcher Monopolabkommen geschieht nicht nur ein gegenseitiger Austausch von Patenten und technischen Erfahrungen, sondern es wird meist zugleich auch eine forschungsmäßige Zusammenarbeit vereinbart, die bis zur Gründung ge-

Das traditionelle System der monopolistischen Beherrschung und staatsmonopolistischen Förderung der Forschung ist seit einigen Jahren in einer grundlegenden Wandlung begriffen. Waren bisher die Forschungseinrichtungen der Konzerne die zentrale Achse dieses Systems, so verlagert sich das Schwergewicht heute zunehmend auf die staatsmonopolistischen Zentren der Großforschung, wie z. B. die Kernforschungsanlagen in Jülich und Karlsruhe und die Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Bonn. Auf den Gebieten der Kernenergie und Weltraumforschung zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß die Forschung heute ökonomische Größenmaßstäbe erreicht hat, denen selbst die größten Monopole und monopolistischen Zusammenschlüsse nicht gewachsen sind. Neue Formen der Beherrschung der Produktivkraft Wissenschaft in Gestalt der staatsmonopolistischen Großforschungszentren sind die notwendige Konsequenz dieser Entwicklung (vgl. Abb. 2).

Diese Verlagerung des Schwergewichts auf die Großforschungszentren heißt nicht, daß die konzerneigenen keine Bedeutung mehr haben, sondern es findet in Gestalt der Großforschung eine enge Verschmelzung der privatmonopolistischen Forschungskapazitäten mit dem sich rasch entwickelnden staatlichen Forschungspotential statt (UZ wird über diesen Prozeß in einem weiteren Beitrag berichten). Damit wird die Forschung noch umfassender, unmittelbarer und zielgerichteter den

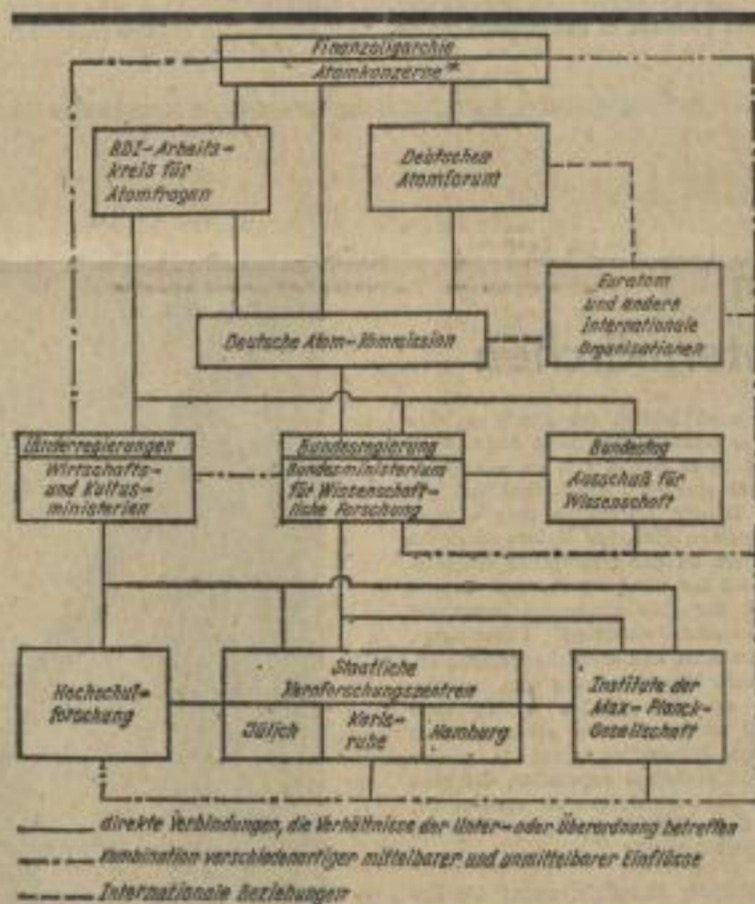


Abb. 2: Die staatsmonopolistisch organisierte Atomwirtschaft Westdeutschlands

## Der „Brückenschlag“ des Hartmut Vogt oder: Die pädagogische Variante der Konvergenztheorie

Spätestens seit den Ereignissen in der CSSR dürfte wohl klar geworden sein, daß der Klassengegner jede Möglichkeit nutzt, seine Ideologie in alle gesellschaftlichen Bereiche der sozialistischen Länder einzuschleusen. Als eine seiner raffiniertesten Methoden entpuppt sich in der gegenwärtigen Etappe die Konvergenztheorie.

Wir wollen an Hand des kürzlich erschienenen Buches von Hartmut Vogt: „Bildung für die Zukunft. Entwicklungstendenzen im deutschen Bildungswesen in West und Ost“, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967, Ziele und Methoden dieser neuen Variante des Antikommunismus auf dem Gebiet der Pädagogik nachweisen.

In einer Reihe von „Voraussetzungen“ zu seiner Schrift offenbar sich das typisch konvergenztheoretische Herangehen an die Analyse von „Entwicklungstendenzen in West und Ost“.

Diese Voraussetzungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die in beiden deutschen Staaten erfolgende „industriestaatliche bzw. industriegesellschaftliche Entwicklung“ verläuft

nach „relativ gleichartigen Gesetzmäßigkeiten, die durch jede Art von Gesellschaftsordnung ganz bestimmte und damit ebenfalls verhältnismäßig gleichartige sachlogisch bedingte Reaktionen erfordert“.

Da Bildung und Erziehung „den Gegebenheiten und Erfordernissen der sich tatsächlich vollziehenden industriestaatlichen bzw. -gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen“, führt das auch zu „relativ gleichartigen Bildungsbestrebungen“, die lediglich „ideologisch andersartig begründet bzw. interpretiert werden“.

Wie man leicht sieht, werden die sozialökonomischen Grundlagen, die in der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik doch ganz offensichtlich verschieden sind, negiert, um von den daraus resultierenden grundlegenden Gegensätzen auch im Bildungswesen abzulenken. Getreu dem schon von Marx ironisch charakterisierten Prinzip der bürgerlichen politischen Ökonomie: „Von der Oberfläche in die Tiefe zu gehen, ist nicht erlaubt“, werden aus ähnlichen Formulierungen, die oft aus dem Zusammenhang gerissen werden, Gemeinsamkeiten abgeleitet.

Vogt vernachlässigt dabei ganz im Sinne seiner „Voraussetzungen“ völlig die die Erziehung bestimmenden gesellschaftlichen Grundlagen.

So kommt er u. a. zu solch einer Gemeinsamkeit wie: „Daraus (aus der Modifikation der Qualifizierung in den verschiedenen Industriezweigen, D. S.) folgt, daß sowohl in der Ausbildung als auch in der Weiterbildung die generelle, aber auch entsprechende differenzierte Höherqualifizierung eine wesentliche Zielstellung sein muß.“

Bei der für die Konvergenztheoretiker typischen oberflächlichen Betrachtungsweise stellt sich das selbstverständlich als eine Gemeinsamkeit ganz unabhängig von der Gesellschaftsformation dar. Anders sieht es aber aus, wenn man sich die durch die sozialökonomische Struktur gegebenen Möglichkeiten der Durchsetzung solch einer „Höherqualifizierung“ betrachtet. Diese sind eben in Westdeutschland so gering, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie befürchten muß, nach der Einführung der Freizügigkeit in den EWG-Ländern im Jahre 1970 die Führungspositionen ihrer Wirtschaft nicht mehr allein mit

Deutschen besetzen zu können, weil es an hochqualifizierten Kräften fehlt.

Für die westdeutschen Arbeiter besteht nicht etwa die Gefahr zum „ungebildeten Hilfsarbeiter“ in Europa zu werden, weil es ihnen am Willen zur „Höherqualifizierung“ mangelt, sondern weil ihnen ihre Gesellschaftsformation mit ihrem Profitstreben nur beschränkte Bildungsmöglichkeiten gibt.

Auch bei Vogt zeigt sich: Helfen pseudowissenschaftliche Aussagen nicht weiter, so wird diffamiert und in Antikommunismus und -sozialismus gemacht. Da er einschätzen muß, daß „man im Westen über einige bescheidene Ansätze zur technischen Elementarbildung und zu sporadischer Information über die Arbeits- und Wirtschaftswelt lange Zeit“ nicht hinauskommt, während in der DDR polytechnische Bildung und Erziehung praktiziert wurden, hält er es für zweckmäßig, unsere Erfolge auf diesem Gebiet als „Professionalisierung“ unserer Schule zu bezeichnen. Mit dem Hinweis auf das Vorbild der Sowjetunion, dem wir in allen Phasen unserer Entwicklung folgen würden, glaubt er, unsere Bemühungen um eine ständige Verbesserung der polytechnischen Ausbildung herabwürdigend zu können.

Welche Ziele werden mit solch einem „theoretischen“ Herangehen an pädagogische Probleme verfolgt?

Obwohl Vogt seine Absichten zu tarnen versucht, indem er behauptet, Gemeinsamkeiten zu suchen, „um so Möglich-

keiten einer Wiedervereinigung auch der Bildungssysteme in beiden Teilen Deutschlands aufzuzeigen“, kann er sein wahres Anliegen nicht ganz verbergen; denn so fragt er: „... wollen wir ... es der anderen Seite überlassen, das zu verwirklichende Modell zu liefern?“

Damit zeigt er seine wahren Absichten. Es geht ihm um die Schaffung eines Modells, natürlich nach westdeutschem Muster. Gerade diese seiner Überlegungen zeigen die Ansprüche der westdeutschen herrschenden Klasse nach einer „Neuordnung Europas“ nach Straußschem Konzept auch auf dem Gebiet des Bildungswesens. Er zeigt uns sogar den Weg dazu, wenn er schreibt: „Die sich offensichtlich verstärkende Tendenz der Gemeinsamkeit führt in der Regel nicht etwa zu einer deutlichen Annäherung von Ost an West oder von West an Ost, sondern die Gemeinsamkeiten stellen sich in einer generell mehr oder minder geschlängelt zu denkenden Linie dar, der sich beide Seiten in unterschiedlichem Maße nähern, wenn sie dieser Tendenz folgen.“

Damit weckt er die Illusion auf den sich so harmlosen „dritten Weg“. Wie dieses Annähern der „beiden Seiten“ auszusehen hat, haben uns Vogts Geldgeber in der CSSR in Anleihen vorgeführt. Diese „Annäherung“ bedeutet nichts anderes als Liquidierung der sozialistischen Gesellschaftsformation auf „kaltem Wege“, wie man es in der CSSR vergeblich versuchte.

Dietrich Schulte